



Potsdam, im Mai 2014

Hrsg: Landesfach-
verband Medienbildung
Brandenburg e.V.

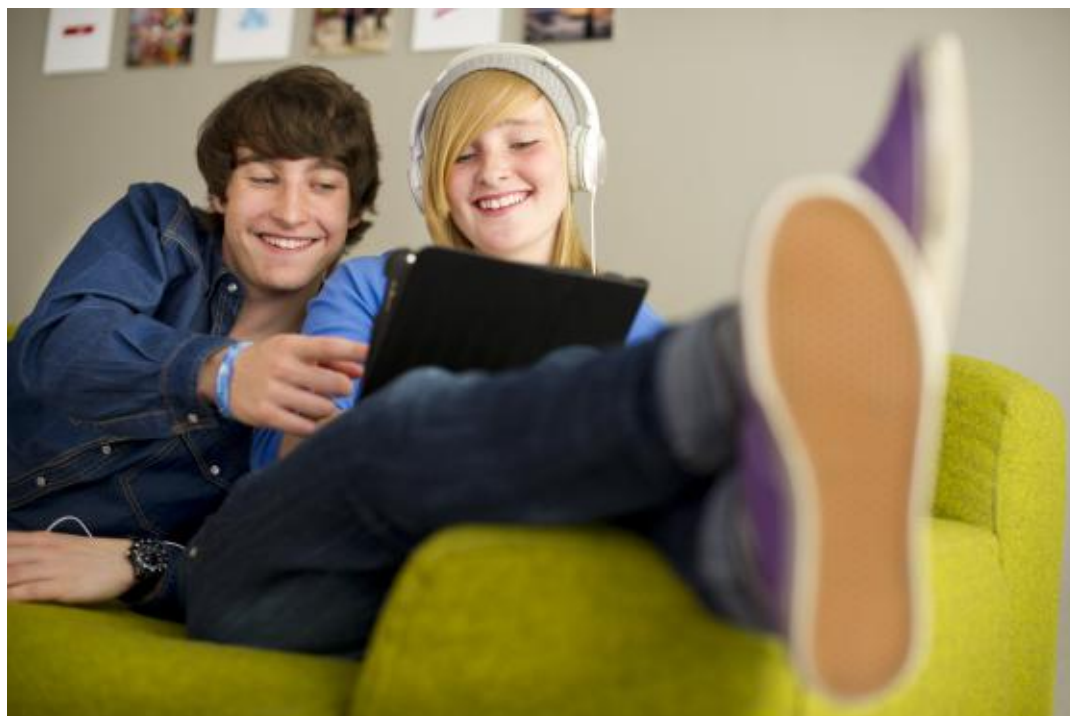
Es geht um die digitale Mündigkeit unserer Kinder. Lesen Sie diese Zeitung, wenn Sie Lehrerin oder Lehrer sind, als Erzieherin oder Erzieher arbeiten, sich als sozialpädagogische Fachkraft engagieren oder wenn Sie einfach Eltern sind.

Medienbildung? Aber bitte mit Sahne!

Von nichts kommt nichts. Zeitgemäße Pädagogik schließt Medien ein und investiert in Menschen

"Nichts ist älter als die Nachricht von gestern", hieß es noch vor nicht all zu langer Zeit in der Zeitungsbranche. Heute ist ein Facebook- oder Twitter-Post bereits nach wenigen Minuten nach unten "durchgerutscht". Wie nur soll man dieser Fülle an Informationen Herr werden, wie das Richtige vom Falschen, das Nützliche vom Überflüssigen, das Kreative vom Kriminellen trennen? In Zeiten wie diesen kommt es immer mehr darauf an, die Mediatisierung unseres Lebensalltags zu bewältigen. Es geht um nicht weniger als um die digitale Mündigkeit aller Menschen. Um das Orientierungswissen, Entscheidungen treffen zu können. Um die Sicherheit, dass jede und jeder auch digital an dieser Gesellschaft teilhaben kann.

Medienkompetenz ist das vielgebrauchte Schlagwort, das Fähigkeitenbündel, das zur Medienbildung führt. Gerne wird Medienkompetenz auf reine Bedienungsfähigkeiten reduziert; wie funktioniert das Notebook und die installierte Bürosoftware? Die mediale Handlungsfähigkeit jedoch, die uns zu selbstbestimmten Mediennutzerinnen und -nutzern macht, will erst erworben werden. Im Gegensatz zum intuitiven Gebrauch eines modernen Smartphones müssen wir uns die Funktionsweisen unseres Mediensystems, die Kompetenzen, Medieninhalte kritisch zu betrachten oder gar selbst medienproduktiv zu werden, erst aneignen über Lernprozesse. Wer will sich schon ein X für ein U vormachen lassen, wenn es um



istockphoto/sturti

so grundlegende Dinge geht, die uns alle betreffen: Schutz unserer Daten vor Ausspähung und Missbrauch, Netzneutralität (kein vom Geldbeutel abhängiges Internet der zwei Geschwindigkeiten), Abmahnwahn bei vermeintlich illegal online angesehenen Videos.

Insbesondere Heranwachsende, die uns scheinbar medientechnisch weit voraus sind, brauchen besonders kompetente Begleitung beim Ent-

decken digitaler Welten. Denn Jugendliche und erst recht Kinder können nicht über Einsichten verfügen, die selbst Erwachsene oder Politik oft selbst noch nicht haben. Diese wichtige Aufgabe leisten Medienpädagoginnen und -pädagogen. Deshalb brauchen wir, braucht dieses Land eine Medienbildung auf der Höhe der Zeit: in der Kita, in der Schule, in der Jugendarbeit, in der Ausbildungsphase und für El-

tern. Übergangszeiten wie von der analogen in die digitale Gesellschaft bergen immer Chancen und Risiken. Wenn wir die Chancen nutzen und gleichermaßen die Risiken im Blick behalten wollen, dann muss für eine gewisse Zeit in den Übergangsprozess investiert werden. Um niemanden zurück und alle teilhaben zu lassen. In einem Brandenburg medienmündiger Menschen.

Matthias Specht

Der Landesfachverband Medienbildung Brandenburg: Mensch und Medien up^{to}date



Mensch und Medien up²date: das ist für den Landesfachverband Medienbildung - ehemals Landesarbeitsgemeinschaft

Multimedia Brandenburg - Anspruch und Vision zugleich. Wir leben in einer zunehmend mediatisierten Welt. Kaum mehr vorzustellen, wie der Alltag vor 20 Jahren zu bewältigen war noch fast ohne Computer, ohne Handy und Internet. Der gefühlte

Takt technologischer Entwicklung beschleunigt so gut wie alle Lebensumstände. Ist das immer wünschenswert? Der Imb bearbeitet diese und andere Fragen insbesondere aus der Perspektive der Jugendarbeit, ohne dabei andere Bildungssphären aus dem Blick zu verlieren. Als Fortbildner qualifiziert der Imb sozialpädagogische Fachkräfte medienpädagogisch weiter. Als Partner der Initiative "Medienkompetenz stärkt Brandenburg" vernetzt der

Imb Bildungsakteure im Land über das Portal www.medienkompetenz-brandenburg.de. Schließlich koordiniert der Imb ein landesweites medienpädagogisches Netzwerk von Jugendfreizeiteinrichtungen, die Jugendinformations- und Medienzentren (JIM). Das sind viele Aufgaben, für die der Imb selbst ein Upgrade braucht: vor allem an weiterer Fachexpertise. Damit die Vision "Mensch und Medien up²date" hierzulande Wirklichkeit wird. M.S.

Spendenaufruf

Zur Realisierung der Kampagne "MedienBildung. Für ein modernes Brandenburg" brauchen wir Ihre Hilfe. Vernetzen Sie sich mit uns. Tragen Sie unsere Forderungen weiter. Und spenden Sie, auch kleine Beträge helfen, um bspw. diese Zeitung zu produzieren. Nähere Informationen, wie Sie helfen können, finden Sie unter www.medienbildung-brandenburg.de/kampagne.

Unsere Wahlprüfsteine* zur Landtagswahl. Wir haben gefragt, die Landesparteien haben geantwortet. Alle Antworten in gekürzter Form. Wir haben die Aussagen der Parteien ausgewertet und mit einem Farbsystem bewertet. Die vollständigen Dokumente finden Sie - auch zum Kommentieren - unter www.-medienbildung-brandenburg.de/kampagne.



= super



= geht so



= geht gar nicht

1. Grundbildung Medien für alle pädagogischen Fachkräfte

Welche Vorschläge hat Ihre Partei, um eine verbindliche und breitenwirksame medienpädagogische Aus-, Fort- und Weiterbildung in allen Bildungsbereichen sicherzustellen? Welche Mittel ergreift Ihre Partei, um das Ziel einer verbindlichen Verankerung einer Grundbildung Medien in der Lehrerbildung zu erreichen? Welche Maßnahmen hält Ihre Partei für erforderlich, die akademische Medienkompetenz der Lehrenden an Hochschulen zu stärken? Unterstützt Ihre Partei den Vorschlag, das vorhandene medienpädagogische Studienangebot in Studiengängen und in außerschulischen Bildungsangeboten detailliert zu erheben und Handlungsempfehlungen für Ministerien und Hochschulen zu entwickeln?

2. Frühkindliche Medienbildung

Welche Maßnahmen sind sinnvoll, um die Medienkompetenz von Vorschulkindern altersangemessen zu fördern? Sollte Medienbildung als eigenständiger Bildungsbereich in den Rahmenplänen von Kindergärten/Kitas verankert werden? Welche Maßnahmen sind nach Einschätzung Ihrer Partei notwendig, um die medienpädagogische Qualifizierung von Fachkräften und die mediale Ausstattung von Kitas gezielt zu fördern? Welche Förderangebote erscheinen Ihnen notwendig, um Eltern bei den Aufgaben der Medienerziehung zu unterstützen?

3. Außerschulische (Jugend)-Medienbildung

Inwieweit will Ihre Partei durch gezielte Förderprogramme dazu beitragen, dass digitale und kulturelle Jugendbildung in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit fest verankert wird? Was sollte seitens der Landesebene getan werden, um Einrichtungen der Jugend-, Familien- und Elternbildung bei Angeboten zur Medienkompetenzförderung gezielt zu unterstützen? Welche Maßnahmen sind aus Sicht Ihrer Partei sinnvoll, um Formen von inklusiver Medienbildung und medienpädagogische Elternarbeit zu stärken?

4. Medienbildung in der Schule

Inzwischen ist es Konsens, dass Medienkompetenzförderung an Schulen gestärkt werden soll. Von der Kultusministerkonferenz werden dabei die Zertifizierung und Dokumentation erworbener Medienkompetenz bei den Schülerinnen und Schülern als unverzichtbar eingestuft. Wie stellt sich Ihre Partei hierzu die Umsetzung vor? Inwiefern erscheint Ihnen die Einführung verbindlicher Mindeststandards und Evaluationen ein geeignetes Mittel zur Integration der Medienkompetenzförderung? Lehrkräfte bemängeln hinsichtlich der Integration von Medien in der Schule fehlende pädagogische Fachkonzepte und die geringe Zahl an entsprechenden Weiterbildungen sowie eine nicht schulgerechte Soft- und Hardware. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um diese Mängel zu beheben? Wie steht Ihre Partei zum Einsatz mobiler Endgeräte im Unterricht?

5. Stabile Finanzierung medienpädagogischer Angebote

Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei vor, um seitens des Landes Brandenburg erheblich mehr Ressourcen für die Regelfinanzierung, die bessere Vernetzung und die Sichtbarmachung medienpädagogischer Angebote zur Verfügung zu stellen? Unterstützt Ihre Partei Bestrebungen zu einem Medienbildungspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen? Falls ja: Mit welchen Vorschlägen? Wie sollte die Wirtschaft, insbesondere die Medien- und Internetwirtschaft, an der Finanzierung von Infrastrukturen beteiligt werden? Sollten für Maßnahmen zur Förderung von Medienkompetenz mehr Steuergelder verwendet werden?

6. Medienpädagogische Forschung

Die Veränderung von Kommunikation und Medien erfordert eine kontinuierliche Forschung, um die Medienerfahrungen und die Entwicklung der Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen systematisch zu untersuchen und zu klären, welche Ansätze für die Förderung von Medienkompetenz und Medienbildung erfolgreich und nachhaltig sind. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, um medienpädagogische Forschung dauerhaft zu gewährleisten?



"Alle pädagogischen Fachkräfte sollten über eine Grundbildung Medien verfügen." Auf verbindliche Maßnahmen legt sich die Partei nicht fest. Eine Erhebung des medienpädagogischen Studienangebotes wird befürwortet.



"Der Umgang mit Medien muss auch in der frühkindlichen Lebensphase Bestandteil der Erziehungsarbeit sein. Pädagogische Fachkräfte müssen in die Lage versetzt werden, durch Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote neue und sich wandelnde Aufgaben in der Medienerziehung erfüllen zu können."



Die Dynamik der Medienentwicklung muss sich ... auch in einer hohen Anpassungsgeschwindigkeit der Vermittlungsangebote für Medienkompetenz und für die Medienforschung widerspiegeln." Betont wird die Zuständigkeit der Bundesländer für die Bereitstellung entsprechender Angebote.



Zur Stärkung der Medienbildung in der Schule müssen die schulischen Rahmenbedingungen verbessert werden. Schulische Medienbildung umfasst das Lernen mit Medien und das Lernen über Medien. "Die Einführung eines Basiscurriculums Medienbildung im Kontext der Erarbeitung neuer Rahmenlehrpläne ... stärkt diesen Prozess nachhaltig." (Anm. Red.: frühestens ab 2015)



"Die Aufgabe der Landespolitik wird es sein, auch in der nächsten Legislaturperiode eine ausreichende Absicherung des vielfältigen medienpädagogischen Angebotes in Schule und Zivilgesellschaft zu gewährleisten."



Die SPD ist sich sicher, dass brandenburger Hochschulen "in der Lage sind", sich an vom Bund bereitgestellte Mittel zur medienpädagogischen Grundlagenforschung zu beteiligen. Die SPD will zusätzliche Bundesmittel für ein Medienkompetenzforschungsprogramm.



DIE LINKE.

"Medienbildung muss sowohl in den Bildungswissenschaften als auch in den fachbezogenen Lehrerausbildungen der ersten und zweiten Phase ausreichend und verbindlich verankert werden. Das muss ... in den Prüfungsordnungen verpflichtend verankert werden."



"Um Medienkompetenz von Vorschulkindern angemessen zu fördern, gehört Medienbildung auf jeden Fall in die Rahmenpläne von Kindertageseinrichtungen. Erzieherinnen und Erzieher müssen dafür qualifiziert und Kindergärten entsprechend ausgestattet werden."



"Die Jugendarbeit verfügt über Methoden der medienpädagogischen Bildung... Die Jugendhilfeplaner der Landkreise ... müssen im Rahmen der Jugendhilfeplanung ein besonderes Augenmerk auf die regelmäßige fachliche Weiterbildung sozialpädagogischer und erzieherischer Fachkräfte legen."



Die Linke sieht im Rahmen schulischer Medienbildung in erster Linie Bedarf in der Lehrkräfteaus- und Weiterbildung. Ein eigenes Schulfach "Medienbildung" erscheint "als wenig zielführend. Zeitlich begrenzte Medienbildungsprogramme ... passen nicht zu unserem Verständnis von Medienbildung als dauerhaftem Prozess."



Die Linke will, "dass medienpädagogisches Wissen bei der Bewilligung der Zuwendungen im Rahmen der Personalkostenförderung (sog. "510-er" Richtlinie) eine herausgehobene Rolle spielt. Jedem Landkreis ... soll empfohlen werden, eine Stelle für medienpädagogische Beratung, Vernetzung, Qualifikation und Evaluation vorzuhalten."





"Die Linke unterstützt die von der Enquete-Kommission 'Internet und digitale Gesellschaft' (Anm. Red.: Enquete des Bundestages) vorgelegten Empfehlungen im Bereich Medienbildungsforschung."







KOMMENTAR


"In einer Informationsgesellschaft ist ein sicherer Umgang mit den vielfältigen Medien unabdingbar. Dies gilt auch für die pädagogischen Fachkräfte. Insbesondere für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit ist dies ein wichtiger Ansatz, der mit einem bedarfsge- rechten Aus- und Fortbildungsange- bot unterstützt werden muss.", ohne dass die CDU dies weiter ausführt. 


Die FDP beantwortet den Fragen- komplex lediglich auf Schule bezo- gen. Dazu "bedarf es besonderer Anstrengungen im Bereich der Leh- rerausbildung" ohne weitere Spezi- fikation. Grundsätzlich soll allen Bildungsbereichen frei gestellt sein, welche Themenschwerpunkte sie setzen. Medienbildung als Quer- schnittsaufgabe wird nicht explizit identifiziert. 

"Grundsätzlich wollen wir Medien- bildung als verpflichtenden Teil in die Ausbildung von pädagogischen Berufen integrieren und unterstüt- zen den Aufbau entsprechender Weiterbildungsangebote." Die Lan- desregierung soll angehalten wer- den, eine Grundbildung Medien in den Rahmenlehrplänen in der Leh- rerbildung zu verankern. 


Lediglich Die Linke und Die Grünen positionieren sich zu diesem Fragen- komplex eindeutig, indem sie eine verpflichtende Grundbildung Medien in pädagogischen Ausbildungs- berufen für zwingend erforderlich halten. Damit sind deren Haltungen im Wesentlichen deckungsgleich mit den bildungspolitischen Forderungen des Imb.


"Im vorschulischen Alter obliegt die Medienbildung insbesondere den Eltern". Zur Rolle der pädagogi- schen Fachkräfte trifft die CDU keine Aussagen. 


Bereits in der Kita bieten sich viele Anknüpfungspunkte für die Medien- bildung. "Um die medienpädago- gische Qualifizierung von Fachkräf- ten und die mediale Ausstattung von Kindertagesstätten gezielt zu för- dern muss der Träger mit Geld und medienpädagogischem Rat unterstützt werden." 

"Wir fordern, Medienpädagogik als verpflichtenden Teil in der Ausbil- dung von ... Erziehern ... zu inte- grieren sowie flächendeckend ent- sprechende Weiterbildungen für pädagogisches Fachpersonal anzu- bieten." Die Grünen wollen Eltern in die Medienerzie- hung einbinden. 


Besonders positiv fielen uns die Antworten von SPD, Die Linke und Die Grünen auf, wobei sich die SPD hier explizit die Haltung ihrer Bun- despartei zu eigen gemacht hat.

Die CDU sieht die Schulung von Lehrkräften als wichtig an, benennt aber keine konkreten Maßnahmen. 


Im Rahmen der zur Verfügung ste- henden Haushaltsmittel will sich die FDP dafür einsetzen, "dass zusätz- liche Anstrengungen zur Vermitt- lung von Medienkompetenz ... in der Aus- und Fortbildung von Fach- kräften der sozialen Arbeit unternommen werden". 

"Wir wollen die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendarbeit si- chern" ... "Den Kinder- und Ju- gendplan (Anm. Red.: des Landes Brandenburg?) als zentrales Instru- ment der Kinder- und Jugendhilfe wollen wir finanziell besser ausstatten. 


Grundsätzlich scheinen uns alle Parteien den Wert außerschulischer Jugendbildung anzuerkennen, wobei Die Linke die mit Abstand konkretesten Aussagen - auch im Sinne des Imb - getroffen hat.


Die CDU sieht die Schulung von Lehrkräften als wichtig an, geht je- doch leider nicht weiter auf die Fragestellungen ein. 


Die FDP sieht "die Herausforde- rung, wie Schule das Wissen und den Umgang mit der scheinbar uner- schöpflchen Datenflut vermittelt, die Qualität des abrufbaren "Fak- tenwissens" zu hinterfragen lehrt und die Basis für eine sinnvolle, systematische Verknüpfung der im Netz vorhandenen Wissensbauste- ine herstellen kann. In diesem Be- reich bedarf es besonderer An- strengung im Bereich der Lehrerausbildung." 

"Wir fordern, Medienbildung in den Lehrplänen der Schulen fest zu ver- ankern, jedoch nicht als eigenes Schulfach, sondern als Querschnitts- aufgabe ... Im Rahmen von regiona- len Bildungspartnerschaften, die einen Kranz um und mit der Schule bilden, kann u.a. die Zusammenar- beit zwischen Schule und Jugend- hilfe aber auch der Elternarbeit verstärkt werden, um gemeinsame Initiativen als Präventions- maßnahmen gegen Risiken im Internet zu entwickeln." 


Bei der Durchsicht der Antworten der Parteien ist uns die technikzentrierte Sichtweise insbesondere bei FDP und SPD aufgefallen. Wir wünschen uns als Fachverband hier eine stärkere Fo- kussierung auf pädagogische Fragen.


"Medienpädagogische Angebote müssen bedarfsgerecht sein." Nähere Erläuterungen gibt die CDU zu Finanzierungsfragen nicht. 


Eine Finanzierung medienpädago- gischer Angebote macht die FDP zunächst abhängig von der Erarbei- tung eines technologischen Stan- dards für Schulen und Universitä- ten. Als Finanzierungsquellen werden ggf. die Rundfunkabgabe oder eine Umpriorisierung von Bundesmitteln gesehen. 

"Wir sind der Auffassung, dass mehr Mittel für die Förderung von Me- dienkompetenz fließen sollen." Im Rahmen von Ganztagschule wollen die Grünen die Schule als Ort der Medienbildung stärken. Zur Finan- zierung muss der Bund mit den Län- dern über ein neues Ganztags- schulprogramm verhandeln. 

Es ist nicht weiter verwunderlich, dass keine Partei in ein Füllhorn zur Finanzierung von Medienbildung greifen kann. Dennoch hätten wir uns an dieser Stelle mehr Vorstellungs- kraft von allen Parteien gewünscht.

"Zahlreiche Hochschulen ... beschäf- tigen sich mit medienpädagogischen Forschungsansätzen. So auch die Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam... Es ist wichtig, dass Ergeb- nisse der medienpädagogischen For- schung mit der Praxis im regelmäßi- gen Austausch diskutiert werden." 

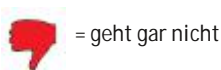
"Der Hochschulstandort Potsdam bietet mit seinen vielfältigen Ange- boten der Lehramtsausbildung und der Hochschule für Film und Fern- sehen einen interessanten Schnitt- punkt, an dem auch bundesweite Forschung in diesem Bereich angesiedelt werden kann." 

Die Grünen teilen mit SPD und Lin- ken die Auffassung, dass Hoch- schulen eine bessere Grundfinan- zierung benötigen, von der dann auch die medienpädagogische For- schung profitiert. 

Fast unisono verweisen die Parteien auf den Bund, wenn es um die me- dienpädagogische Forschung geht.

Lesen Sie auf Seite 7, nach welchen Kriterien wir die Antworten der Parteien bewertet haben.

Unsere Wahlprüfsteine* zur Landtagswahl. Wir haben gefragt, die Landesparteien haben geantwortet. Alle Antworten in gekürzter Form. Wir haben die Aussagen der Parteien ausgewertet und mit einem Farbsystem bewertet. Die vollständigen Dokumente finden Sie - auch zum Kommentieren - unter www.-medienbildung-brandenburg.de/kampagne.



7. Offene und freie Bildungsressourcen (OER)

Unter der Bezeichnung "Open Educational Resources" gibt es Initiativen, im Internet offenere und möglichst niedrigschwellige Zugänge zu Lehr- und Lernunterlagen in verschiedenen Feldern der Aus- und Weiterbildung einzusetzen. Welche Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um a) die rechtlichen Unsicherheiten dafür zu beseitigen und b) OER landesweit an Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen zu fördern? Inwieweit unterstützt Ihre Partei den Aufbau von offenen, nicht-kommerziellen Bildungsplattformen? Wie sollen bestehende und erprobte Wege zur Verbreitung und zum Austausch wissenschaftlicher Erkenntnisse via Open Access in Wissenschaft und Forschung ebenso wie die Rechte der Autorinnen und Autoren gestärkt werden?

8. Urheberrecht

Die Regelungen für digitale Vervielfältigungen in Schulen sind seit 2013 ergänzt und neu vergütet worden. Die Begrenzungen in Bezug auf die Weiterverarbeitung digitaler Kopien für Unterrichtszwecke und das Verbot deren Nutzung in Lernplattformen erscheint angesichts der Verbreitung digitaler Anwendungsszenarien nicht mehr zeitgemäß. Welche Maßnahmen planen Sie zur Vereinfachung dieser Regelungen und der Ausweitung der Nutzungsrechte für Lernplattformen? Inwieweit streben Sie eine Reform des Urheberrechts an, um eine Kriminalisierung kreativer Formen nichtkommerzieller Medienverwendung zu vermeiden?

9. Datenschutz

Kommerzielle Anbieter für Social Media Dienste und Anwendungen des Web 2.0 werden zunehmend auch für schulische Aufgaben genutzt. Dabei werden Datenspuren hinterlassen und die informationelle Selbstbestimmung wird gefährdet. Wie will Ihre Partei der zunehmenden Kommerzialisierung der privaten Kommunikation und des Ge- und Missbrauchs persönlicher Daten durch internationale Firmen begegnen? Mit welchen Maßnahmen soll die Fähigkeit insbesondere bei Kindern und Jugendlichen gefördert werden, verantwortungsvoll mit den eigenen Daten und respektvoll mit den Daten anderer Menschen umzugehen?

10. Partizipation

Voraussetzung für Beteiligungsgerechtigkeit ist ein ungehinderter, freier Zugang zu den digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien. Wie will Ihre Partei diesen Zugang allen Bevölkerungsgruppen und in allen Regionen dauerhaft und barrierefrei ermöglichen? Wie steht Ihre Partei zur grundsätzlichen Einführung von für die Nutzerinnen und Nutzer kostenfreien W-LAN-Zugängen im öffentlichen Raum? Inwieweit wird sich Ihre Partei für eine gesetzliche Garantie der Netzneutralität einsetzen? In einer digitalisierten Gesellschaft werden die für demokratische Systeme essentiellen politischen Bildungsprozesse zunehmend über verschiedenste Online-Angebote und insbesondere Netzwerke organisiert. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um eine größere Beteiligungsbereitschaft und eine stärkere politische Partizipation benachteiligter Gruppen zu erreichen?

11. Jugendmedienschutz

Auch auf Bundesebene hat es immer wieder Vorschläge und Diskussionen um eine Neugestaltung des Jugendmedienschutzstaatsvertrages gegeben. Notwendig ist eine gesetzliche Regelung, die den Charakter des Internets als Kommunikations-, Meinungs- und Publikationsmedium beachtet und sowohl dem Schutzbedürfnis als auch dem freien Zugang zu den Inhalten gerecht wird. Was sind für Ihre Partei die Eckpunkte eines zeitgemäßen und funktionierenden Kinder- und Jugendmedienschutzes? Sollten Selbstkontrolleinrichtungen (Kino, DVD, Computerspiele, Fernsehen, Internet) ihre unterschiedlichen Kompetenzen bundesweit bündeln und nach außen gemeinsam auftreten? Inwiefern halten Sie technische Lösungen (Filterprogramme) sowie eine deutlich sichtbare Kennzeichnung von Internetseiten für geeignete Maßnahmen, Kinder und Jugendliche vor gefährdenden Inhalten - auch auf mobilen Endgeräten und unabhängig vom Betriebssystem - zu schützen?



Vereinfachte und praktikable Nutzungsbestimmungen von Bildungsinhalten bspw. an Schulen müssen auf der Bundesebene entschieden werden, sagt die SPD. Auf Bundesebene tritt sie wie Die Grünen und Die Linke auch für ein unabdingbares Zweitverwertungsrecht von Urhebern wissenschaftlicher Arbeiten ein.



"Die SPD setzt sich für ein bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht ein", das an die "damit verbundenen dynamischen Entwicklungen und politischen Ziele angepasst werden" muss.



"Der kompetente und verantwortungsbewusste Umgang mit den eigenen Daten ist Bestandteil der Schlüsselqualifikation Medienkompetenz ... Notwendig ist daher auch eine Stärkung der Medienkompetenz durch Bildungsangebote..." Die SPD fordert datenschutzfreundliche Grundeinstellungen für soziale Netzwerke.



"Partizipation wird in Brandenburg großgeschrieben. Chancengleichheit auch beim Zugang zu elektronischen Medien muss dabei selbstverständliches Ziel sein." Mehr Transparenz in Verwaltung und Ämtern soll Bürgerbeteiligung stärken. Online-Beteiligungsverfahren sollen verstärkt genutzt werden (können), um externe Expertise direkt in politische Beratungen einbeziehen zu können.



"Aus unserer Sicht ist eine wichtige Präventionsmaßnahme, Kinder und Jugendliche in ihrem Umgang mit Medien zu begleiten und sie zu mündigen und selbstständigen Nutzern zu machen ... Wenn vor allem Eltern ... keine oder nur mangelhafte medienpädagogische Fähigkeiten aufweisen, müssen sie auf geeignete Informations- und Unterstützungsangebote zurückgreifen können. Zusätzlich muss gewährleistet sein, ... dass ausreichend qualifizierte medienpädagogische Fachkräfte ... zur Verfügung stehen.



DIE LINKE.

"Die Förderung von Initiativen, die OER entwickeln und zugänglich machen, ist ... eine Ländersache, wir halten sie allerdings für eine Kernaufgabe im Bildungsbereich. Die Abhängigkeit von klassischen Schulbuchverlagen ... wird auf Dauer nur mit Hilfe des Einsatzes von offenen und freien Lehrmaterialien überwunden werden können."



"Die Linke hält insbesondere das Verbot des Kopierens von Schulbüchern für unzeitgemäß ... Auch insgesamt halten wir es für problematisch, dass im Urheberrecht die Möglichkeiten zur digitalen Nutzung und Nachnutzung häufig stärker eingeschränkt sind als im Analogen."



"Selbstbestimmung und das Prinzip der freiwilligen Einwilligung geraten ... dort an ihre Grenzen, wo bspw. Dienste im Netz ohne eine solche Einwilligung gar nicht genutzt werden können." Das Kopplungsverbot soll deshalb für alle Unternehmen gelten. "Aufklärung und Selbstschutz sind sinnvoll, aber kein Ersatz für wirksame gesetzliche Regelungen."



"Ohne einen Zugang zur digitalen Lebenswelt ist gesellschaftliche Teilhabe heutzutage kaum noch möglich." So wie SPD und Die Grünen fordert auch Die Linke eine Universalienverpflichtung für den Breitbandausbau, d.h. die Versorgungspflicht von Telekommunikationsdienstleistern ähnlich der Briefzustellpflicht. "Informiertheit stellt die Grundlage von Beteiligung dar." Digitale Beteiligung durch alle setze jedoch die Überwindung der sozialen und Bildungskluft voraus.



"Die Linke steht für einen Jugendmedienschutz, der nicht ausschließlich restriktiv, sondern vor allem präventiv, d.h. medienpädagogisch umgesetzt wird ... Kinder- und Jugendmedienschutz und Medienbildung müssen deshalb besser miteinander verbunden werden ... Deshalb sind die bereits bestehenden Angebote der Medienerziehung für Kinder und Jugendliche in schulischer und außerschulischer Bildung auszubauen."



CDU

Zum Fragenkomplex OER gibt die CDU keine verwertbaren Auskünfte.



"Das Urheberrecht muss einfach und klar gestaltet und die Interessen der Öffentlichkeit angemessen abgebildet werden."



"Es ist Ziel die hohen datenschutzrechtlichen Standards zum Schutz der Privatsphäre zu sichern. Auch im internationalen Kontext werden wir uns dafür einsetzen, dass die deutschen Datenschutzbestimmungen nicht unterlaufen werden. Die persönlichen Daten von Kindern und Jugendlichen sind im Besonderen zu schützen."



Die CDU setzt sich für einen freien und ungehinderten Zugang zu den digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien ein. Dafür muss in eine flächendeckende Breitbandversorgung in Brandenburg investiert werden. Erst die Sicherung eines schnellen und leistungsfähigen Internets in allen Regionen unseres Landes kann den ungehinderten Zugang für alle Bevölkerungsgruppen gewährleisten.



Der Fragekomplex 11 wurde von der CDU nicht beantwortet.



"Ein gesetzlich zwingend geregelter kostenloser Zugang aller Nutzer und im Speziellen aller Wissenschaftler zu allen wissenschaftlichen Veröffentlichungen wird ... von der FDP abgelehnt ... Bei öffentlich geförderten Forschungsprojekten spricht sich die FDP dafür aus, dass in den Förderrichtlinien die Mittelvergabe verstärkt von der Veröffentlichung der Forschungsergebnisse unter Open Access abhängig gemacht wird."



"Derzeit ist die FDP der Auffassung, dass das sog. Bildungs- und Forschungsprivileg (§ 52a UrhG) keiner weiteren Änderung bedarf." Darüber hinaus soll der Bundesgesetzgeber § 53 UrhG novellieren und im Sinne der Nutzer (bspw. zum Anfertigen von Privatkopien) vereinfachen.



Europäische Datenschutzregeln müssen auch für außereuropäische Unternehmen Anwendung finden. "Nutzungsbedingungen müssen so formuliert sein, dass die Anwender sie auch verstehen und dann als mündiger Bürger entscheiden können, welche Informationen sie über sich preisgeben wollen."



"Die FDP Brandenburg vertritt die Auffassung, dass alle Provider verpflichtet sein müssen, alle Internetangebote - unabhängig vom jeweiligen Anbieter - zu gleichen Bedingungen, Preisen und in gleicher Qualität und Geschwindigkeit durchzuleiten ... Die Breitbandversorgung ist bislang in Brandenburg noch sehr unterschiedlich in ländlichen Räumen umgesetzt. Aus diesem Grund besteht weiterhin vorrangiger Handlungsbedarf der Landesregierung..."



"Die FDP Brandenburg sieht die Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen nicht in erster Linie als Bedrohung, sondern begreift diese vorrangig als Chance. Beispielsweise die umfassende Möglichkeit der Beteiligung für Kinder und Jugendliche in Politik und Gesellschaft ist in diesem Zusammenhang zu nennen ... Wir Liberale sprechen uns für eine 'befähigende Medienbildung' aus, die Kinder und Jugendliche zu einem kritischen Umgang mit den eigenen Daten anleitet."



Die Grünen "wollen das Potenzial der digitalen Inhalte wie auch Werkzeuge vor allem an Schulen stärken, damit die Lehrkräfte es auch im Sinne der individuellen Förderung besser einsetzen können ... Wir wollen freie und Open-Source-Software ... vermehrt einsetzen ... Wir wollen ein unabhängiges Zweitveröffentlichungsrecht für alle wissenschaftlichen Beiträge", die öffentlich gefördert wurden.



"Neben dem Problem der andauernden Befristung ist der § 52 a UrhG zu eng für die Praxis an Schulen und der Lehre an Hochschulen gefasst." Dies wollen Die Grünen ändern. Die kreative Weiterentwicklung geschützter Inhalte im nicht-kommerziellen Rahmen will die Partei gesetzlich absichern.



"Wir wollen ... die ausdrückliche Einwilligung zur Speicherung und Verarbeitung von Daten zum Grundprinzip machen ... Wir halten Medienkompetenzförderung für eine der wichtigsten Maßnahmen." Die Grünen wollen bei der Anmeldung in sozialen Netzwerken die höchsten Sicherheitseinstellungen zum Standard machen.



"Wir wollen auf Landesebene drei Modellprojekte in größeren Städten und drei im ländlichen Raum fördern, die den Aufbau von kostenlosen und öffentlichen W-LAN-Netzen ... beinhalten ... Wir wollen kein Zwei-Klassen-Internet und daher den Grundsatz der Netzneutralität gesetzlich verankern ... Wir setzen ... auf neue, niedrigschwellige Verfahren der Bürgerbeteiligung, bei denen alle gesellschaftlichen Gruppen auf Augenhöhe eingebunden werden."



"Technische Mittel können immer nur Ergänzung, nicht aber Alternative zur Förderung von Medienkompetenz sein ... Pauschale Lösungen auf der Basis einer technischen Infrastruktur lehnen wir ebenso ab wie inhaltliche Vorabkontrollen ... Wir halten nutzerautonome Filtermöglichkeiten auf dem Rechner (bzw. ggf. auf mobilen Endgeräten) für ein wichtiges Instrument für Eltern."



KOMMENTAR

OER stehen noch am Anfang ihrer Nutzungspotenziale. Die Zulassungsbehörde des Landes Brandenburg für Lehrmittel muss nach Auffassung des Imb OER-Lehrmittel gleichberechtigt wie kommerzielle Anbieter behandeln. Den Schulen und Lehrern sollte dann vermittelt werden, dass beiderlei Lehrmittel-Distributionen rechtlich eindeutig geregelt sind, wobei OER-Inhalte frei kopier- und weiterentwickelbar sind.

Alle Parteien sehen Regelungsbedarfe zur Anpassung des Urheberrechts, insbesondere was eine einfachere und rechtssichere Handhabung für Lehrende betrifft. Die Forderungen von Die Linke und Die Grünen sind hier am weitesten gehenden.

Insbesondere die gleich lautenden und gut unteretzten Positionen von SPD und Die Grünen hält der Imb für begrüßenswert. Machen Sie sich selbst ein Bild über den Wert manch einer der hier und unter www.medienbildung-brandenburg.de/kampagne getroffenen Aussagen angesichts des Verhaltens von Politikern im Rahmen des NSA-Ausspäh-Skandals.

Der Imb kritisiert, dass einige Parteien Partizipation lediglich auf technische Zugangsbedingungen reduzieren. Vor allem hinsichtlich der Überwindung der sozialen und Bildungskluft als Voraussetzung für (digitale) gleichberechtigte Beteiligung stimmen die Aussagen von Die Grünen und Die Linke zuversichtlich.

Der Imb kann allen Aussagen der Parteien, die sich an dieser Stelle geäußert haben, viel Positives abgewinnen. Wir sind gespannt, wie die Parteien sich auf Landesebene zum aktuell anstehenden erneuten Anlauf einer Novelle zum Jugendmedien-schutzstaatsvertrag positionieren.

Lesen Sie auf Seite 7, nach welchen Kriterien wir die Antworten der Parteien bewertet haben.

ÜBER SIEBEN BRÜCKEN MUSST DU GEH'N Bildungspolitische Forderungen des Landesfachverbandes Medienbildung Brandenburg

Was geschehen muss, wenn Medienbildung im Land ernst genommen werden soll

Bild: S. Hofschlaeger / pixello.de



Strukturelle Verankerung von Medienbildung in Jugendhilfeplanung und Jugendförderplänen
Wir fordern die Jugendhilfeplanerinnen und -planer der Landkreise und kreisfreien Städte auf, im Rahmen der Jugendhilfeplanung im Sinne der Lebensweltorientierung von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit ein besonderes Augenmerk auf die regelmäßige fachliche Weiterbildung sozialpädagogischer und erzieherischer Fachkräfte bzgl. der Mediennutzung junger Menschen zu legen. Für Heranwachsende sind Medien auf's Engste mit Sozialisation, Weltaneignung und Identitätsbildung verbunden. Medienpädagogisches Grundwissen und medienpädagogische Methoden gehören deshalb zum Repertoire einer jeden sozialpädagogischen Fachkraft, um das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Unterstützung und Förderung sicher zu stellen, die Potenziale einer vernetzten Medienwelt selbstbestimmt und in sozialer Verantwortung zu nutzen. Die Jugendförderpläne der örtlichen

Träger der Jugendhilfe müssen diese Erfordernisse adäquat widerspiegeln. Die oberste Landesjugendbehörde ist aufgefordert, die Umsetzung dieser Forderungen im Rahmen ihrer Kontrollfunktion sicher zu stellen.

2. Medienbildung in die "510-er Richtlinie"

Wir fordern die Landesregierung bzw. das zuständige Fachministerium auf, die Vorgaben zum "Programm zur Förderung von Personalkosten von sozialpädagogischen Fachkräften in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit" dahingehend zu erweitern, als dass aus den Fördermitteln des Landes jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt eine Vollzeitstelle für die medienpädagogische Beratung, Vernetzung, Qualifikation und Evaluation der über dieses Programm geförderten Personalkostenstellen vorzuhalten hat. Mit diesen regionalen Fachstellen sollen multiprofessionelle und institutionenübergreifende Vor-Ort-Netzwerke etabliert werden, die

sicher stellen, dass allen Kindern und Jugendlichen Medienkompetenzförderung zu Teil wird, Fördermaßnahmen durch aufeinander bezogene Angebote optimiert werden und durch kompatibles pädagogisches Handeln Nachhaltigkeit erreicht wird.

3. gesetzliche Verankerung von Medienbildung im SGB VIII

Die Forderung in Punkt 1 leitet sich ab aus den §§ 11-14 des SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz). Wir fordern die im Landtag Brandenburg vertretenen Parteien auf, die Landesregierung aufzufordern, im Rahmen einer Bundesratsinitiative auf eine Novelle des SGB VIII Kinder- und Jugendhilfegesetz dahingehend einzuwirken, als dass Medienkompetenzförderung als ein gesetzlicher Regelungstatbestand im Ersten Abschnitt "Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz" aufgenommen wird.

4. Landesweites Medienbildungs-Netzwerk strukturell fördern

Wir fordern die Abgeordneten des Brandenburger Landtages auf, im Zuge der Haushaltsverhandlungen für die Jahre 2015 f. im Rahmen des Bildungsetats die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass für regionale Medienbildungs-Netzwerke ein landeszentrales Unterstützungsangebot aufgebaut wer-

den kann. Dieses Angebot sollte mindestens die Fachexpertise umfassen, die erforderlich ist, um den Stand der technologischen Medienentwicklung und der Erforschung des Mediennutzungsverhaltens von Kindern und Jugendlichen zu reflektieren und in regelmäßige Handlungsempfehlungen für die professionsübergreifende pädagogische Praxis zu transformieren. Darin eingeschlossen sein sollen auch Beratungsleistungen für Bildungsträger, die landeszentrale Entwicklung und Umsetzung von Fort- und Weiterbildungsangeboten, die Entwicklung von Medienbildungsstandards im außerschulischen Bereich der Kinder- und Jugendbildung sowie die Koordination regionaler Medienbildungsnetzwerke.

5. Medienkompetenzförderung der mabb intensivieren

Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) ist durch den Medienstaatsvertrag der Länder Berlin und Brandenburg im Rahmen ihrer Aufgabenbeschreibung angehalten, Medienkompetenz im Rahmen einer Anteils-Projektfinanzierung zu fördern. Das Fördervolumen für Projekte in Brandenburg betrug in den letzten Jahren rund 100.000 Euro, die überwiegend kleinteilig vergeben wurden. Im Gegensatz zum Staat mit einem flächendeckenden (Medien)Bildungsauftrag sollte die mabb in Zukunft überwiegend landesweite medienpädagogische Projekte mit Signalwirkung fördern, die Impulsgeber für den pädagogischen Praxistransfer im Land sein können. In die Projektförderung sollte ein nachprüfbarer Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt werden. Wir fordern die Staatskanzlei von Brandenburg auf, im Zuge der Verhandlungen über die nächste Novelle des Medienstaatsvertrages darauf hinzuwirken, die Ausrichtung des Förderauftrages im o.g. Sinne anzupassen sowie einen festen Anteil der Einnahmen aus der Rundfunkabgabe für die Förderung von Medienkompetenz aufzuwenden, mindestens jedoch in einem Volumen von 250.000 Euro p.a. für Brandenburg. Die Art und Weise der Förderung sollte dabei deutlich flexibilisiert werden und den oftmals fehlenden Eigenmitteln der Antragsteller Rechnung tragen.

Was halten Sie von unseren Forderungen? Was unterstützen Sie? Was vermissen Sie? Wo sehen Sie Handlungsbedarfe? Auf unserer Kampagnen-Webseite können Sie jede einzelne Forderung kommentieren.
www.medienbildung-brandenburg.de/kampagne

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

6. Prüfungsrelevantes Curriculum Medienbildung für das Lehramt und Berufe in der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung bzw. -erziehung
Hochschulen und Fachhochschulen, die pädagogische Fachkräfte ausbilden, stehen vor der Herausforderung und in der Verantwortung, Medienbildung curricular in den Studienplänen zu verankern. Wir fordern darüber hinaus das Landesparlament als Gesetzgebungsorgan auf, zeitnah eine Novelle des Gesetzes "über die Ausbildung und Prüfung für Lehrämter und die Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern im Land Brandenburg" zu verabschieden, die Medienbildung zum prüfungsrelevanten Bestandteil der Lehrerinnen- und Lehrerprüfungen macht. Außerdem ist Medienbildung - bezogen auf die Brandenburgischen Ausführungsgesetze zum SGB VIII (Kindertageseinrichtungen bzw. Jugendhilfe) - als Erziehungs- und Bildungsauftrag ergänzend aufzunehmen.

7. Jugendmedienschutz auf der Höhe der Zeit
Für den gesetzlichen Jugendmedienschutz ist eine Novellierung notwendig, welche die aktuellen gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen berücksichtigt. Die weiter fortschreitende Konvergenz der Medien macht eine Vereinheit-

lichung der gesetzlichen Bestimmungen im Jugendschutzgesetz (JuSchG) und dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) notwendig. Das Land Brandenburg ist gefordert, eine aktive Rolle in der Diskussion um gesetzliche Neuregelungen zwischen Bund und Ländern zu übernehmen.
Der erzieherische Jugendmedienschutz hat das Ziel, Kinder und Jugendliche bei der Nutzung digitaler Medien zu stärken, um Chancen zu nutzen und Risiken zu minimieren. Dies kann nur wirksam gelingen, wenn in Angeboten für junge Menschen und deren Eltern ein entsprechendes Bewusstsein geschaffen wird. Deshalb sind die bereits bestehenden Angebote der Medienerziehung für Kinder und Jugendliche in schulischer und außerschulischer Bildung auszubauen und dabei besonders Ansätze der Peer-to-Peer-Education zu entwickeln. Eltern werden in der digitalen Mediengesellschaft mit zunehmenden Anforderungen konfrontiert. Viele Eltern sind unsicher, wie der Umgang mit Medien in der Familie gestaltet werden kann. Deshalb ist das Angebot der Eltern-Medien-Beratung im Land Brandenburg fachlich und konzeptionell ständig weiter zu entwickeln, besonders die Angebote der medienpädagogischen Elternveranstaltungen und deren fachliche Koordination ist dauerhaft zu sichern und flächendeckend auszubauen.

Gastbeitrag von Prof. Franz Josef Röhl, Hochschule Darmstadt Zur Komplementarität von Globalisierung / Netzwerkgesellschaft und Medienkompetenz / Medienbildung

Die mit dem Begriff "Globalisierung" gekennzeichnete aktuelle Konzentrations- und Kommerzialisierungsdynamik führt einerseits zur Erweiterung von Optionen und Handlungsspielräumen, andererseits treten Blockierungen von Lebensplänen und neue Formen der Ungleichheit auf. Diese Entwicklung geht einher mit einer Veränderung der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse und einem Wandel der Informations- und Kommunikationstechnologien. Komplexität, Dynamik und steigende Flexibilitätsanforderungen sowie dynamische Prozessorganisation werden gefordert. Beziehungsmanagement in Form von Kooperationen, Beziehungen und Kontakten werden immer wichtiger. Traditionale Bindungen und starke soziale Bindungen wie Loyalität und Dienstbereitschaft verlieren ihre Bedeutung. Flüchtige Formen von Gemeinsamkeiten sind nützlicher als langfristige Verbindungen. Es kommt zum Abbau von Strukturen, die auf Langfristigkeit und Dauer angelegt sind. Mark Granovetter spricht von der "Stärke schwacher Beziehungen" und Richard Sennet diagnostiziert, dass Distanz und oberflächliche Kooperationsbereit-



Franz Josef Röhl ist Professor für Medienpädagogik an der Hochschule Darmstadt

schaft bessere Panzer sind im Kampf mit den gegenwärtigen Bedingungen. Anstelle der traditionellen Strukturen treten netzwerkartige Gliederungen. Dies lässt sich als Antwort auf Krisensymptome etablierter, aber nicht mehr funktionsfähiger Systeme verstehen. Die Vernetzung soll die Integrations- und Kooperationsleistung vollbringen, die die gegenwärtigen hierarchischen Organisationsformen nicht leisten. Die formell erstarrten bürokratischen Instanzenwege und Regelungen sollen durch flexible Kontaktnetze ersetzt werden. Diese Vernetzung vollzieht sich im Kontext globalisierter Netzwerke von Kapital und Wissen. Diese weltweiten Steuerungs- und Regelungssysteme sind die neuen Machtzentren der globalisierten Welt. Im Zuge dieser Entwicklung verlieren nationalstaatliche Gestaltungs- und Sanktionsformen an Steuerkraft.

Fortsetzung auf Seite 8

GRÜNER, GELBER, ROTER DAUMEN So haben wir die Antworten der Parteien auf unsere Wahlprüfsteine bewertet

In dieser Zeitung stand uns für die Antworten der Parteien auf unsere Wahlprüfsteine nur wenig Platz zur Verfügung. Wir haben darum die aus unserer Perspektive positivsten Aussagen der Parteien in komprimierter Form zusammengestellt, wobei Passagen in Anführungszeichen Originalzitate darstellen, alle anderen Aussagen von uns redaktionell bearbeitet wurden. So ergibt sich augenscheinlich auch erst einmal eine recht positive Grundtendenz, die jedoch nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass wir in Gänze nicht immer mit den Aussagen der Parteien übereinstimmen. Um sich ein genaues Bild zu machen, lesen Sie deshalb alle Antworten in vollem Wortlaut auf www.medienbildung-brandenburg.de/kampagne. Dort haben Sie dann auch die Möglichkeit, zu jedem Wahlprüfstein selbst die Antworten der Parteien zu kommentieren.
Ergänzend sei an dieser Stelle nochmals ausdrücklich erwähnt, dass unsere Fragen sich an die

Wahlprüfsteine der Initiative "Keine Bildung ohne Medien" zur Bundestagswahl anlehnten. Den Parteien haben wir dies mitgeteilt mit der Bitte, all unsere Fragen brandenburg-spezifisch zu beantworten. Davon Gebrauch gemacht haben erklärtermaßen die SPD, die sich zu allen Brandenburg-Themen selbst geäußert, ansonsten aber explizit auf die Aussagen der Bundespartei verwiesen hat sowie die Partei "Die Linke", die auf eine Beantwortung unserer Fragen vollständig mit Verweis auf die Antworten ihrer Bundespartei verzichtete, statt dessen aber sich zum 7-Punkte-Forderungskatalog des Imb (Seite 6 und 7 dieser Zeitung) positionierte. Entsprechend haben wir die Bundes-Antworten dieser beiden Parteien in der Auswertung berücksichtigt. Aus den Antworten der Grünen ging inhaltlich deutlich hervor, dass auch diese Partei sich die Aussagen ihrer Bundesorganisation zu Eigen gemacht hat. Dabei ist wichtig zu verstehen, dass selbst

die aus unserer Sicht besten Antworten einer Bundespartei unter Umständen nur wenig "wert" sind, wenn sie auf Länderebene keine Entsprechung finden, beispielsweise weil politische Zuständigkeiten allein auf Bundes- oder gar EU-Ebene angesiedelt sind.
Was waren nun unsere Bewertungskriterien? Wir haben uns an drei Leitfragen orientiert: Erstens: Wie genau und umfassend gingen die Parteien auf unsere Fragen ein? Zweitens: Welche programmatischen Aussagen trafen die Parteien dabei für das Land Brandenburg? Drittens: Inwiefern stimmten die Aussagen der Parteien mit den Grundpositionen des Imb überein? Im Wesentlichen erschöpfende Antworten gaben die Parteien SPD, Die Grünen und Die Linke. Die CDU fasste sich von allen Parteien am Kürzesten; was sonst erfreut ("In der Kürze liegt die Würze"), hat sich hier in "Mut zur Lücke" niedergeschlagen. Als programmatisch am Weitest gehenden für das Land Brandenburg

identifizierten wir insbesondere Die Linke, Die Grünen und mit Abstrichen auch SPD und FDP. Inhaltlich-fachliche Schnittmengen machten wir insbesondere mit Die Linke, SPD und Die Grünen aus, wobei auch hier die FDP immer dann punktete, wenn sie sich ihrer liberalen Wurzeln besann.
Unser Fazit: Das Thema Medienbildung beziehungsweise Medienkompetenz-Förderung scheint mittlerweile auf politischer Ebene diskutabel zu sein. Das ist eine gute Entwicklung. Die Diskussion wollen wir am 17. Juni mit Vertreterinnen und Vertretern der Parteien live führen (siehe Seite 8 dieser Zeitung). Wie in Bildung im Allgemeinen muss auch und gerade in Medienbildung investiert werden. Dies wird die Nagelprobe sein, wenn nach der Wahl die koalierenden Parteien über den Bildungshaushalt der kommenden Jahre verhandeln. Zitat FDP-Wahlslogan von 2009: "Gute Bildung kostet, schlechte noch viel mehr".
M.S.

Fortsetzung von Seite 7 | Gastbeitrag von Prof. Franz Josef Röhl Zur Komplementarität von Globalisierung / Netzwerkgesellschaft und Medienkompetenz / Medienbildung

Für den Einzelnen wird die Gesellschaft immer unübersichtlicher und unberechenbarer. Das Subjekt steht unter dem Zwang, diesen Gestaltungsraum aktiv zu strukturieren. Das moderne Subjekt ist Baumeister seines Netzwerkes, es muss selbst am sozialen Kitt der Beziehungsmuster arbeiten. Somit sind auch Beziehungen und Kommunikationsformen einem tiefgreifenden Prozess der Individualisierung von Lebenswegen und Lebenslagen unterworfen.

Diese Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit der Verdrängung unmittelbarer durch medienverstärkte mittelbare Kommunikationsbeziehungen. Die Globalisierungs-Vertreter haben längst ihre "Netze ausgeworfen". Die Konsumenten scheinen "ins Netz gegangen" zu sein, sie wirken als willfährige Empfänger, die scheinbar zwischen verschiedenen Informationen auswählen, letztlich aber nur scheinbare Entscheidungen treffen, da die Informationsangebote nur von wenigen Medienmogulen beherrscht werden. Die zunehmenden Kapitalverflechtungen der Kommunikationsindustrie vermitteln darüber hinaus zunehmend den Eindruck einer von Oligopolen gesteuerten und hergestellten Öffentlichkeit, die dem Einzelnen immer weniger Chancen gibt, sich eine eigene Meinung zu bilden.

Zugleich eröffnen die digitalen Medien neue Formen des dezentralisierenden Dialogs. Neue individuelle und kollektive Kommunikationsformen bilden sich heraus. Kommunikationsformen wie Soziale Netzwerke, Blogs, Twitter, Podcasts und Wikis verkörpern eine neue Partizipationskultur, die nicht an reale Orte gebunden ist. Dies führt zu einer Auflösung des Raums als Bedingung für Kommunikation. Mit Handys, Smartphones, Tablets und Pods ist mobile Kommunikation möglich. Dies birgt das Potential für Echtzeit-Kommunikation und -Publishing. Jeder kann heute Nachrichten sammeln und verschicken. Aber nicht jeder wird gelesen, gesehen und/oder gehört. Entscheidend ist, ob und wie man in der Blogosphäre vernetzt ist. Somit stehen den Gefährdungen auch Potentiale der Selbstentfaltung und der ePartizipation gegenüber.

Damit die Ressourcen, die mit digitalen Medien einher gehen, genutzt werden können, bedarf es eines Paradigmenwechsels in der Ausbildung von Fachkräften.

Kinder und Jugendliche sind die Zielgruppen, deren Lebenswelt am stärksten von den (digitalen) Medien durchdrungen ist. Die daraus folgende Vermutung, dass dann bei den Fachkräften, die mit der Ausbildung von Kindern und Jugendlichen befasst sind, verstärkt auch medienpädagogische Kompetenzen vermittelt werden, entspricht jedoch nicht der Realität in den Ausbildungsstätten. Entgegen der Proklamation, das Fachgebiet zu stärken und der Hervorhebung der Bedeutung von Medienkompetenz fristet die Medienpädagogik in den Ausbildungsgängen der Elementarpädagogik, der außerschulischen Pädagogik, der Sozialpädagogik und in der LehrerInnen-ausbildung mit wenigen Ausnahmen ein Nischendasein.

Die digitalen Medien bergen Risiken und Chancen. Die Chancen können wir nur realisieren, wenn wir bereit sind, strukturelle Veränderungen in der Fachkräfteausbildung voranzutreiben. Medien haben heute und zukünftig einen zentralen Stellenwert in Ausbildung und Beruf. Deshalb muss Medienbildung in der Aus- und Weiterbildung höchste Priorität zugewiesen werden.

Die Vermittlung einer umfassenden medienpädagogischen Kompetenz muss in der Ausbildung der pädagogischen Fachkräfte von Kindertageseinrichtungen fest verankert und im Rahmenlehrplan explizit als Pflichtbereich enthalten sein. Die Teilnahme an einer umfassenden medienpädagogischen Qualifizierung von in der ErzieherInnen-ausbildung tätigen Lehrkräften muss zur Pflicht gemacht werden.

Wenn in unserer Gesellschaft die nicht strittige These der zunehmenden Bedeutung von Medienkompetenz und/oder Medienbildung erst genommen wird, bedarf es der Notwendigkeit, grundständige Studiengänge und Weiterbildungsstudiengänge im Fach Medienpädagogik einzurichten und darauf zu dringen, dass in den Studiengängen, bei denen die Zielgruppen Kinder und/oder Jugendliche im Zentrum der Ausbildung stehen, Medienpädagogik als Pflichtmodul

in den Modulhandbüchern verankert wird.

Die Lehr- und Rahmenpläne der Bundesländer zeigen ein heterogenes Bild bezüglich einer verbindlichen Medienkompetenzförderung. In den Bundesländern werden sowohl fächerverbindende als auch fachintegrative Ansätze verfolgt. Die jeweils verwendeten Begriffe (und die Inhalte) sind unterschiedlich. Im schulischen Diskurs wird meist zwischen Mediendidaktik und Medienerziehung unterschieden, während in der außerschulischen Bildung die Begriffe "Medienbildung" und "Medienpädagogik" gebräuchlicher sind. Der Mediendidaktik geht es um eine Optimierung von Lehr- und Lernprozessen mit Hilfe von Medien (Medien als "Mittel"). Die Befähigung zur kritischen Reflexion von Medien, deren Inhalten und Nutzungsformen ist das vorrangige Ziel der Medienerziehung. Teilweise werden Kompetenzniveaus für "Medienkompetenz" formuliert und konkrete Unterrichtsinhalte ausgeführt, aber es fehlt meist an konkreten Inhalten der Medienbildung und ausreichenden Vorgaben.

Die Lehr- und Rahmenpläne der Bundesländer sollten verbindlicher umgesetzt werden. Die Vermittlung von Medienkompetenz/Medienbildung sollte selbstverständlicher Bestandteil aller Unterrichtsfächer und daher in den Curricula der Unterrichtsfächer besser verankert sein. Noch besser wäre, wenn es fächerübergreifend zugleich zu einer Einführung eines eigenen Unterrichtsfaches "Medienbildung" kommen würde. Die positiven Erfahrungen in Thüringen mit dem Fach "Medienkunde" bzw. dem Fach "Moderne Medienwelten" in Sachsen-Anhalt bestätigen die Sinnhaftigkeit dieser Forderung. Vorteilhaft wäre die Formulierung von Bildungsstandards bzw. von Kompetenzbereichen für Medienkompetenz.

Medienpädagogische Grundbildung sollte in der Lehrerbildung zu einem prioritären Thema werden. Das Hochschulfreiheitsgesetz ermöglicht, Medienbildung stärker in die Lehramtsausbildung zu verankern. Medienpädagogische Lehrerfortbildung für bereits im Beruf stehende Lehrkräfte sollte verpflichtend etabliert werden.

Einladung zum Imb-Forum "MedienBildung. Für ein modernes Brandenburg"



Am Dienstag, 17. Juni 2014 lädt der Landesfachverband Medienbildung Brandenburg zum bildungspolitischen Forum "MedienBildung. Für ein modernes Brandenburg!" in den Potsdamer Landtag ein.

Ab 16 Uhr sind Bildungspolitikerinnen und -politiker, Fachexperten und das Publikum eingeladen, über die Bedeutung von Medienbildung in Kita, Schule und Jugendarbeit zu diskutieren. Prof. Franz Josef Röhl (Hochschule Darmstadt) wird in das Thema einführen. Das Forum wird moderiert von Teresa Sickert (Fritz-Radio des rbb). Die Veranstaltung endet auf der Terrasse der Landtagskantine mit einem Empfang.

Anmeldungen sind bis 1. Juni 2014 möglich unter www.medienbildung-brandenburg.de/kampagne. Die Teilnahme ist kostenfrei. Um eine Spende wird gebeten.

Das Imb-Forum wird gefördert vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg und der Medienanstalt Berlin-Brandenburg.